
Stellungnahme des Gesamtelternbeirats Freiburger Schulen zur Vorlage G-22/015 »Erhöhung der Eigenanteile und neues Verpflegungskonzept in den öffentlichen Freiburger Schulen und städtischen Kindertageseinrichtungen«

Freiburg, den 10.10.2022

Basierend auf den Ergebnissen unserer Umfrage zur Qualität des Schullebens sowie nach Rücksprache mit den Elternbeiratsvorsitzenden der Freiburger Grundschulen lehnen wir als Gesamtelternbeirat das Vorhaben in seiner ursprünglichen Fassung ab.

1) Elternbeitrag

Wir verstehen den Kostendruck, den die Stadt bei den Vertragsunternehmen des Schullebens bereits spürt und noch spüren wird. Dass deshalb der Elternbeitrag beim Schulleben, der seit vielen Jahren auf 3,90 € eingefroren wurde, eine Anpassung erfahren soll, ist durchaus nachvollziehbar. Kritisch sehen wir hierbei eine Anhebung um fast ein Viertel innerhalb von nur 14 Monaten, bei gleichzeitiger Attraktivitätsminderung (siehe unten). Dies stellt für zahlreiche Familien mit mehr als einem schulpflichtigen Kind und eher geringen Einkommen, die allerdings keine TransferleistungsempfängerInnen sind, durchaus einen erheblichen Kostenfaktor dar. Eine Familie mit 3 Kindern, die an 5 Tagen die Woche das warme Mittagessen in der Schule in Anspruch nehmen, zahlt im Oktober 2022 hierfür 222,30 €. Die gleiche Anzahl an Mittagessen kostet die Familie im Oktober 2024 dann 273,60 €.

Für 2 Vollverdiener mit geringen Einkommen, deren Lebenshaltungskosten momentan sowieso schneller steigen als ihre Gehälter, ist dies eine relevante Mehrbelastung.

Davon abgesehen stellt nach unseren Recherchen bereits der momentane Elternbeitrag von 3,90 € einen der höchsten in Baden-Württemberg dar; zum Vergleich:

- Mannheim 3,00 €
- Ludwigsburg 3,30 €
- Stuttgart 3,50 €
- Ettlingen 3,70 €

2) Was sind Kostentreiber?

Aus der Vorlage ist für uns nicht ersichtlich, welcher der genannten Kostentreiber mit welchem Prozentsatz an den effektiven und erwarteten Kostensteigerungen beteiligt ist. Nur wenn hierüber Klarheit herrscht, können auch geeignete Gegenmaßnahmen angegangen werden. Begrüßen würden wir hier die Transparenz, welche der geplanten Änderungen welches Einsparpotenzial bietet. Unter Umständen wird nämlich eine Änderung beschlossen, die wenig zur Kostensenkung beiträgt, und somit unnötig wäre.

In diesem Zusammenhang ist es übrigens fraglich, warum, wenn doch alle der in der Vorlage genannten Maßnahmen zur *Kostensenkung* beitragen sollen, mit der gleichen Vorlage ohne

erkennbaren Zwang ein *Kostentreiber*, nämlich die Erhöhung des Bio-Anteils, beschlossen werden soll.

In Zeiten, in denen nicht nur der öffentliche, sondern auch jeder private Haushalt einem gewissen Einsparzwang unterliegt, sollte unter Umständen die grundsätzlich begrüßenswerte Erhöhung des Bio-Anteils erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden.

3) Infrastrukturelle Voraussetzungen

im Zusammenhang mit der Verringerung der Auswahlmöglichkeit wird von der „bevorzugten Form der Familiendeckung“ gesprochen und von der wichtigen „sozialen Funktion des Essens“. Dies bestätigten auch die beiden im ASW vertretenen Schulleitungen, die aus eigener Erfahrung wissen, wie die Kombination aus nur einer verfügbaren Menülinie und Familiendeckung funktioniert. Als Gesamtelternbeirat können wir dies mitgehen, auch basierend auf Erfahrungen aus den Kindergärten.

Leider verschweigt die Verwaltungsvorlage in diesem Zusammenhang, dass es momentan an den wenigsten Grundschulen eine Familiendeckung gibt; An manchen Grundschulen wird eine Familiendeckung aus infrastrukturellen Zwängen auch künftig nicht möglich sein.

Daher empfehlen wir, die Abschaffung einer Alternativ-Menülinie an die Einrichtung der Familiendeckung zu koppeln. Sobald an einer Schule die Voraussetzungen geschaffen wurden, um Mittagessen für Grundschul Kinder in Familiendeckung anzubieten, sehen wir die Verringerung der Wahlmöglichkeiten, auch basierend auf den Erfahrungen der im ASB vertretenen Schulleitungen, als unkritisch an.

In allen anderen Fällen, insbesondere in Schulen, in denen Kinder von weiterführenden Schulen und Kinder von Grundschulen die gleiche Mensa und die gleiche Essensausgabe verwenden, sollte die Wahlmöglichkeit nach wie vor Bestand haben. Es wird einem Grundschulkind nicht vermittelbar sein, warum die Fünftklässlerin in der Schlange vor dem Viertklässler eine Auswahl hat, der Viertklässler aber nicht.

Im Übrigen wäre auch hier basierend auf unseren Recherchen Freiburg die einzige (Groß-)Stadt in Baden-Württemberg, die ohne Familiendeckung nur noch ein Essen anbieten würde.

4) Bestellsystem

Punkt 6 des Beschlussantrags betrifft die Einführung eines „vereinfachten und verpflichtenden Bestell- und Abrechnungsverfahrens“ und führt beispielhaft ein „monatlich kündbares Abo-System“ an. Ohne eine Ausformulierung, wie diese Neugestaltung des in die Jahre gekommenen Bestellsystems aussehen soll, bitten wir den Gemeinderat, diesem Punkt nicht zuzustimmen.

Anders als im Kitaalter, haben 6- bis 10-jährige Kinder ein differenzierteres Nachmittagsprogramm. Eltern muss die Möglichkeit gegeben werden, tageweise das Mittagessen abbestellen zu können. Hier wurde bereits zu Beginn der Coronazeit die Abbestellfrist um 24 Stunden verlängert, was bereits jetzt zu zahlreichen Mittagessen führt, die Eltern bezahlen müssen, ohne dass das Kind daran teilnimmt (zum Beispiel wegen Krankheit). Vorstellbar wäre für uns, zu Beginn des Schuljahres bzw. Schulhalbjahres einmalig anzugeben, an welchen Tagen das Kind *in der Regel* am Mittagessen teilnimmt. Danach muss jedoch die Möglichkeit gegeben sein, diese standardmäßig *bestellten* Mittagessen auch wieder *abbestellen* zu können – sei es basierend auf der angebotenen Essensauswahl, wegen Arztterminen oder anderen außerschulischen Aktivitäten.

5) Fazit

1. Eine Anpassung des Preises müsste so gestaltet werden, dass kinderreiche Familien ohne Transferleistungsbezug nicht aufgrund der erhöhten Kosten ihre Kinder vom Mittagessen abmelden. Ein Geschwisterbonus erscheint uns sinnvoll (analog zu Betreuungskosten).
2. Die Streichung einer alternativen Menülinie ist an Schulen sinnvoll, an denen eine Familiendeckung möglich ist. Sie ist aber eben *nur an solchen* Schulen sinnvoll; an allen anderen muss es nach wie vor eine Auswahl geben.
3. Auch eine Auswahl zwischen Gemüselasagne und Dampfnudeln ist eine Auswahl. Die Verringerung der Auswahl an fleischhaltigen Gerichten zur Senkung der Kosten können wir daher mitgehen. Die rein vegetarische Kost an Schulen mit Familiendeckung und daher nur einer Menülinie ist sowieso logisch.
4. Ein Bestellsystem, das keine Möglichkeit mehr bietet, kurzfristig eine Mahlzeit abzubestellen, ist indiskutabel. Ein vereinfachtes Bestellsystem kann man durch Nutzerfreundlichkeit in der Digitalisierung herstellen, nicht jedoch durch Bestellzwang.

6) Nachbemerkung

Als Gesamtelternbeirat treten wir dafür ein, dass *alle Schülerinnen und Schüler* ein gutes Schulessen erhalten. Unserer Meinung nach sollten daher alle Ressourcen dahingehend eingesetzt werden, zumindest an allen Grundschulen ein gutes Mittagessensangebot zu installieren. Wie oben erwähnt, ist der nächste Schritt dann die Ertüchtigung der vorhandenen Essensmöglichkeiten hin zu einer Familiendeckung. Mit diesen Voraussetzungen könnte dann das Einsparpotenzial hinsichtlich geringerer Auswahl in der Breite umgesetzt und nutzbar gemacht werden.

Die Umfrage unter Eltern und SchülerInnen hat ergeben, dass eine Nichtteilnahme am warmen Mittagessens-Angebot momentan vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Auswahl zu gering ist beziehungsweise die Qualität nicht stimmt. Wir befürchten daher bei einer weiteren anlasslosen Verknappung der Auswahl, dass künftig *noch weniger* Kinder am warmen Mittagessen teilnehmen werden. Hier hoffen wir auf eine transparente Zurverfügungstellung der Datenlage (konsumierte Mittagessen pro in der Betreuung angemeldetem Kind zum jetzigen Zeitpunkt versus nach einer möglichen Umstellung). Nur so kann sichergestellt werden, dass künftig nicht weniger Kinder am Essen teilnehmen und nur so kann sichergestellt werden, dass eine Umstellung mit möglicherweise negativen Auswirkungen nicht auf die weiterführenden Schulen ausgeweitet wird.

In der Anlage übersenden wir ihnen eine Studie der Stadt Stuttgart, die das Essensangebot an Stuttgarter Schulen intensiv analysiert hat. Diese Rückmeldungen aus der Zielgruppe sollten auch in Freiburg bei einer Weiterentwicklung des Schulessens eine größere Rolle spielen als kurzfristiger Kostendruck oder politischer Wille hinsichtlich des Angebots.

Gerne hätten wir all diese Punkte bereits bei der Erarbeitung des Verwaltungsvorschlags miteingebracht. Nun bitten wir Sie als Gemeinderäte, obigen Kompromiss-Vorschlag in die Beschlussvorlage einzuarbeiten, damit künftig *mehr* und nicht *weniger* Kinder in den Genuss eines warmen Mittagessens in Freiburg kommen.